



Ressort: Politik

11. August 1919: Eine Verfassung und Mahnung bis heute

Berlin, 11.08.2026 [ENA]

Vor 107 Jahren unterzeichnete Friedrich Ebert die Weimarer Verfassung. Ein Meilenstein der Demokratie – und zugleich ein Dokument ihrer frühen Widersprüche. Was sagt der fast vergessene 11. August heute über politische Legitimation, Meinungsvielfalt und Vertrauen aus?

Heute vor 107 Jahren, am 11. August 1919, unterzeichnete Reichspräsident Friedrich Ebert in Schwarzburg die Weimarer Reichsverfassung. Die Nationalversammlung hatte sie am 31. Juli beschlossen, am 14. August trat sie in Kraft. Deutschland erhielt damit eine parlamentarisch-demokratische Ordnung mit allgemeinem Wahlrecht – erstmals auf Reichsebene auch für Frauen. Ab 1921 wurde der 11. August sogar als Verfassungstag der Republik gefeiert.

Doch der demokratische Neubeginn blieb widersprüchlich. Große Teile von Verwaltung, Justiz, Militär und Beamtenschaft wurden aus dem Kaiserreich übernommen, alte Eliten behielten Einfluss. Auch Ebert selbst taugt kaum zum makellosen Gründungsvater der Demokratie. Stabilität war ihm oft wichtiger als eine tiefgreifende Demokratisierung. Besonders bemerkenswert: Obwohl die Verfassung die direkte Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk vorsah, stellte sich Ebert einer solchen Wahl nie.

Auch seine berühmte Begrüßung heimkehrender Soldaten in Berlin Ende 1918, sie seien von einem Feind zurückgekehrt, „den kein Feind überwunden hat“, wirkte an einer Vorstellung mit, aus der später die verhängnisvolle Dolchstoßlegende gespeist wurde. Die junge Republik musste also nicht nur gegen ihre offenen Feinde kämpfen, sondern auch gegen eigene Halbheiten und Versäumnisse.

Gerade deshalb ist der fast vergessene 11. August interessant. Demokratie entsteht nicht allein durch eine Verfassung, staatliche Feiern oder feierliche Worte. Sie muss täglich gelebt und verteidigt werden – durch Meinungsvielfalt, politische Konkurrenz, nachvollziehbare Entscheidungen, Respekt vor Widerspruch und Politiker, die ihr Amt als Dienst verstehen und nicht als Bühne, Selbstzweck oder persönlichen Besitzstand.

Politikverdrossenheit beginnt deshalb nicht erst an den politischen Rändern. Auch etablierte Parteien und Institutionen tragen Verantwortung, wenn Bürger den Eindruck gewinnen, nur noch verwaltet, belehrt oder während des Wahlkampfes entdeckt zu werden. Demokratie lebt vom Widerspruch, Austausch und Diskussion, von Streit und Akzeptanz, nicht von verordneter Einigkeit.

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



International Press Service.....

Vielleicht wäre der 11. August gerade deshalb auch heute mehr als ein historisches Datum. Er könnte ein Gedenktag sein für eine demokratisch legitimierte Verfassung, für echte Meinungsvielfalt, für das Recht auf Widerspruch und für Politiker, die sich nicht selbst genügen, sondern wissen, wem sie ihr Mandat verdanken und wem sie verpflichtet sind: dem Volk – nicht sich selbst oder der Partei, die sie nominiert hat.

Bericht online lesen:

https://pfaffconsult.en-a.de/politik/11_august_1919_eine_verfassung_und_mahnung_bis_heute-94247/

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Michael Fuchs

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.